

Schüler sind. Daß dadurch stärker Themen in den Unterricht hineinkommen, die sich unter den Schülern einer besonderen Beliebtheit erfreuen, liegt auf der Hand. Es zeigt sich dabei, daß vor allem Themen auf überdurchschnittliches Interesse stoßen, die *unmittelbare Erfahrungen der Schüler* berühren (zwischenmenschliche Beziehungen, Freundschaft, Sexualität, Familie), sowie – in den höheren Klassen – aktuelle *gesellschaftliche und politische Fragestellungen* (Berufswahl, Menschenrechte, Umweltschutz, Frieden/Abrüstung, Kernenergie, soziale Randgruppen, Arbeitslosigkeit). Schwer haben es demgegenüber Themen wie Sakramente, Kirchenjahr, Sünde und Schuld, Heilige Messe u. a., also Themen aus den Bereichen Glaubenswissen, Liturgie, Kirchengeschichte. Und dies gilt nicht nur für Schüler, die sich ohnehin als nicht religiös bezeichnen, sondern im Kern auch für religiös motivierte Schüler.

### Alternativen, die keine sind

Es fragt sich in dem Zusammenhang allerdings, ob man mit Fragestellungen dieser Art der inhaltlichen Struktur des Religionsunterrichts tatsächlich gerecht wird, ob mit der Anlage solcher Fragen nicht bereits auseinandergerissen wird, was in sich zusammengehört und nur in seiner Doppelstruktur von Theologie und Anthropologie ein „Leben aus dem Glauben“ ausmacht. Daß Schüler auf thematische Alternativen so und nicht anders reagieren, ist im Grunde wenig erstaunlich und vermutlich kein neues Phänomen. Was sagt es z. B. aus, wenn die Zehn Gebote und das Thema Schuld und Sünde zu den wenig beliebten Inhalten des Religionsunterrichts zählen, zugleich aber verschiedene „Anwendungsgebiete“ von Individual- und Sozialethik höchste Zustimmungsraten der Schüler aufweisen? Im übrigen dürfte es gerade das di-

daktisch-pädagogische Geschick eines (Religions-)Lehrers ausmachen, Religion und Glauben nicht über wenig lebensweltlich gefüllte, abstrakte theologische Begriffe näherbringen zu wollen.

Wie immer man manche Ergebnisse im Detail beurteilt, mit den beiden Allensbacher Untersuchungen werden allen im und für den Religionsunterricht Verantwortlichen insgesamt *brauchbare Materialien* an die Hand gegeben, für deren Ausschöpfung es wohl noch einige Zeit braucht. Dabei wird man sorgfältig unterscheiden zwischen ermittelten *Daten* und mitgelieferter *Interpretation*. Zuweilen bricht in der Kommentierung eine kulturkritisch-pessimistische Optik durch: Wenn heute etwa im Religionsunterricht mit zunehmendem Alter der Schüler weniger gebetet wird, hat dies nicht unbedingt etwas mit mangelnder Toleranz gegenüber religiöser Praxis zu tun – die Auswerter vermuten dies –, sondern auch mit der notwendigen Unterscheidung von schulischem Religionsunterricht hier und *gemeindlicher Katechese* bzw. *Schulseelsorge* dort. Wer in „säkularisierten“ Erwartungen an den Religionsunterricht nur ein defizientes Verhalten erkennen kann, übersieht darin möglicherweise manchen Bezug zum „Wesentlichen“ des Religionsunterrichts. Trotz des starken Zusammenhangs zwischen der Kirchenbindung der Schüler und ihrem Interesse am Religionsunterricht werden durch eine zu starke Gleichsetzung von Religiosität und (institutioneller) Kirchenbindung nicht nur Formen *außerkirchlicher Religiosität* leicht übersehen, sondern wird Glaube unzulässig auf Kirchenbindung reduziert. Und wer vor allem vor zu viel Orientierung an den Erwartungen nicht religiöser Schüler im Religionsunterricht warnt, der dürfte sich de facto für eine Verabschiedung des kirchlich verantworteten Religionsunterrichts aus der öffentlichen Schule aussprechen.

Klaus Nientiedt

## Zwischen großen Hoffnungen und unterdrückten Ängsten

### Die Liberalisierung in Ungarn

*Ungarn ist in Aufbruchstimmung. Vieles erinnert an die Situation vor dem Volksaufstand 1956, und nicht selten hört man Befürchtungen, es könnte wieder zu einer ähnlichen Eskalation kommen. Die Ursachen sind vielfältig: auf der einen Seite der wieder einmal zum Durchbruch gelangende Freiheitswille der Ungarn, dem durch Gorbatschows Liberalisierungswelle ungeheurer Auftrieb gegeben wird, auf der anderen Seite aber die katastrophale Wirtschaftslage, die viel Sprengstoff enthält. Letzteres ist auch der Grund, warum über die vor wenigen Jahren noch ungeahnten Möglichkeiten und Freiheiten keine echte Freude aufkommen will.*

1988 wird – aus jetziger Sicht gesehen – zweifellos als ein Jahr der Wende, als das Jahr, in dem man die Dinge beim Namen nannte, in die Geschichte des Landes eingehen. Seit der Ablösung János Kádárs durch Károly Grósz Mitte 1988 überstürzten sich die Ereignisse im Lande in einem geradezu schwindelerregenden Tempo; kaum ein Tag vergeht, ohne daß nicht ein weiterer Schritt in Richtung Liberalisierung verkündet wird. Tenor der Forderungen „alternativer“ Intellektueller: Liberalisierung, Pluralismus, Freiheit und Unabhängigkeit, Demokratie. Pluralismus beginnt dort, wo die verschiedenen Interessen in

organisierter Form zutage treten. Und die logische Weiterführung: Ohne ein Mehrparteiensystem ist nur ein beschränkter Pluralismus denkbar. Dieser Entwicklung steuert der derzeitige Kurs Ungarns zu.

## Vereine und Bewegungen schießen aus dem Boden

Seit etwa einem Jahr schießen Vereine, Organisationen, Verbände, Gesellschaften, unabhängige Gewerkschaften, Interessenvertretungen, Gruppierungen, Bewegungen wie Pilze aus dem Boden. Die bedeutendste Bewegung mit über 400 lokalen Organisationen und ca. 15 000 Mitgliedern ist inzwischen das *Ungarische Demokratische Forum* (MDF), das sich als „Kontrollorgan“ verstanden wissen will und nach einer geistig-politischen Koalition zwischen der Macht und allzu radikaler Opposition trachtet. – Der *Bund Junger Demokraten* (FIDESZ) ist eine gut organisierte Bewegung intellektueller Jugendlicher, vor allem Studenten (die Universitäten können – wie kaum anders zu erwarten – geradezu als Hochburgen der Reformbewegungen bezeichnet werden), mit einer großen Anzahl von Juristen, die sich zusehends auch um Kontakte zur Arbeiterschaft bemühen; die Zahl ihrer Mitglieder steigt ständig. Ihre Forderungen nach Liberalisierung gehen weiter als die des Demokratischen Forums. Andere Bewegungen sind: der Verband Freier Demokraten, die Neue März-Front, die Unabhängige Bauernpartei, die ehemalige Christlich-demokratische Partei, die Vereinigung linker Alternativer, die Peter-Veres-Gesellschaft, der Öffentlichkeitsklub, die Zsilinszky-Gesellschaft, um nur einige zu nennen. Am 11. Januar dieses Jahres wurde das *neue Vereins- und Versammlungsrecht* beschlossen. Damit wurde nicht nur der rechtliche Rahmen für die Gründung und Tätigkeit unabhängiger Organisationen neu festgesetzt, sondern auch der Weg zur Bildung eines Mehrparteiensystems freigegeben. Bis zum Jahre 1990 müssen sich die verschiedenen Vereine und Organisationen so weit profiliert haben, daß sie entscheiden können, ob sie in den kommenden Wahlen als Parteien kandidieren wollen oder nicht.

Angesichts dieser Entwicklung ist auch die derzeit einzige Partei, die *Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei*, ungeheuer bemüht, sich zu regenerieren und durch Reformen attraktiv zu machen. Man spricht wieder von einem „intellektuellen Gesicht der Partei“ und will damit zum Ausdruck bringen, daß fachliche Qualifikation gefragt ist und das Parteibuch allein nicht mehr ausschlaggebend ist. Es soll nicht nur das Image der Kommunistischen Partei aufgewertet, sondern auch deren qualitatives Niveau gehoben werden. Man will alles daransetzen, das Vertrauen der Bevölkerung (wieder) zu gewinnen. Kürzlich hat man sogar beschlossen, auch Gläubigen den Eintritt in die Partei zu ermöglichen. Einen durchaus aner kennenswerten Schritt hat die Partei bereits getan: Eine „Historikerkommission“ wurde beauftragt, die jüngere Vergangenheit Ungarns, d. h. die Zeit seit 1945, zu durchleuchten und

aufzuarbeiten. Die Ergebnisse liegen bereits vor und wurden in einer eigenen Nummer der Zeitschrift „Társadalmi Szemle“ (Gesellschaftliche Rundschau) veröffentlicht. Einer der Hauptgründe für diesen Schritt ist ganz offensichtlich: Die *Auseinandersetzung mit den Ereignissen von 1956*. Die Studie ist zweifellos ein guter Anfang, aber bis zu einer „Bewältigung“ des Volksaufstandes ist noch ein weiter Weg. 1956 ist für die Partei ein unverdaulicher Brocken; denn würde sie sich zur ganzen Wahrheit der Hintergründe und des Ablaufs der seinerzeitigen Ereignisse bekennen, spräche sie sich ihre eigene Existenzberechtigung ab.

Seltsamerweise war eines der ersten Themen, an denen sich die Gemüter des Volkes erhitzten und das sein Nationalbewußtsein zu neuem Leben erwachen ließ, ein *ökologisches*. Der umstrittene Bau des Wasserkraftwerkes bei Nagymaros, auf den Ungarn nun verzichten will, scheint sich zu einem tragischen Prüfstein auszuwachsen. Denn das Pendant dazu in der ČSSR ist nahezu fertiggestellt, und dessen Inbetriebnahme könnte ohne ein Kraftwerk auf ungarischer Seite fatale Folgen haben, genauer gesagt zu katastrophalen Überschwemmungen führen.

## Die öffentliche Meinung ändert sich

Die grundlegendste Voraussetzung für eine demokratische Staatsführung ist ein demokratisch gewähltes Parlament. Bis vor kurzem saßen im ungarischen Parlament – wie in allen Parlamenten der Oststaaten – anstelle von freigewählten Abgeordneten ausschließlich Vorschlagskandidaten der Regierung. Das hat sich geändert. Seit kurzem kommen auch (und in Zukunft vielleicht nur noch) Abgeordnete ins Parlament, die tatsächlich vom Volk aufgestellt und frei gewählt werden. Auch sollen dem Parlament mehr Rechte eingeräumt werden. Ein Teil der jetzigen Parlamentsabgeordneten ist zwar durch das neue politische Klima in den Wortmeldungen immerhin mutiger geworden, aber es fehlt ihnen vielfach die fachliche Qualifikation und der politische Weitblick, um über lebenswichtige Fragen des Landes richtig entscheiden zu können. Hand in Hand mit dem zunehmenden Pluralismus vermehren sich die *Sprachrohre der politischen Gruppierungen und Interessensgemeinschaften*. Allein in den letzten Monaten des Jahres 1988 gingen 30–40 Anträge für *Zeitungsgründungen* ein. Mitte Januar erklärte Bischof *Josef Cserháti* (Pécs), es sei „wichtig, daß die ungarischen Katholiken eine Tageszeitung erhalten.“ Die vier bekanntesten Zeitungsgründungen, die alle seit Oktober 1988 erfolgten, sind: „Hitel“ (Kredit), das Sprachrohr des Ungarischen Demokratischen Forums, das sich als „unabhängiges literarisches, gesellschaftliches, kritisches Blatt“, des weiteren „Kapu“ (Tor), das sich als „unabhängige kulturelle Zeitschrift des öffentlichen Lebens“ deklariert, während „Reform“ der Sensationspresse, ähnlich einer westlichen Boulevardzeitung, zuzuordnen ist. Eine kleine Sensation stellt die Gründung einer zwar nicht von der Kirche herausgegebenen, aber immerhin christlichen

Kreisen nahestehenden Zeitung „Mai Nap“ (Heutiger Tag) im Februar dieses Jahres dar. Als neueste publizistische Errungenschaft hat die katholische Kirche eine seit Ende April 1989 vom Landeseseelsorge-Institut herausgegebene zweiwöchentlich erscheinende katholische Jugendzeitschrift „Igen“ (Ja) aufzuweisen. Eine Reihe in den 80er Jahren entstandener Untergrundpublikationen hoffen, künftig legal erscheinen zu können.

Seit einiger Zeit wird an einer *neuen Verfassung* gearbeitet. Die politische Führung Ungarns ist zu der Erkenntnis gelangt, daß ohne Respektierung und Garantierung der Menschenrechte keine moderne Gesellschaft existieren kann und dementsprechend auch keine tragbaren internationalen Partnerbeziehungen zustande kommen können. In der neuen Verfassung soll den *Menschenrechten* besondere Beachtung eingeräumt werden. Die Verfassung, die eine strenge Trennung zwischen Recht und Politik vorsieht, wird bereits im Parlament debattiert und muß in allen Teilen von diesem gutgeheißen werden. Wie das ZK der ungarischen Partei Ende Februar dieses Jahres mitteilte, wurde nunmehr auch beschlossen, die *Vormachtstellung der kommunistischen Partei* in der neuen Verfassung nicht mehr zu verankern; die Partei wolle sich unabhängig von der Verfassung um das Vertrauen des Volkes bemühen. Mitte April erklärte Ministerpräsident Németh, in Zukunft müsse es eine strenge Trennung zwischen Partei und Regierung geben. Die Partei müsse sich mit langfristigen Problemen befassen. Ende März wurde auch das *Streikrecht* (es erlaubt auch Solidaritätsstreiks) beschlossen. Mit größter Spannung werden von der Bevölkerung natürlich jene Passagen der neuen Verfassung erwartet, die die Grundlage für eine weitestgehende Demokratisierung, für die Wiedererrichtung eines Mehrparteienstaates garantieren sollen. Untrennbar damit verbunden ist der Wunsch nach Unabhängigkeit: der Wunsch, die Bevormundung von der Sowjetunion abzuschütteln, Raum für die Entfaltung der nationalen Bedürfnisse und Eigenheiten zu erhalten, vom marxistischen Kommunismus abzurücken und einen *Sozialismus eigener Prägung* zu schaffen. Man denkt auch wieder – wie schon 1956 – laut darüber nach, ob Ungarn nicht ein neutraler Staat werden könnte – was offizielle Vertreter der Regierung vorläufig allerdings als völlig unrealistisch bezeichnen. Als äußeres Zeichen dieser Änderung wird – wie bereits beschlossen – der rote Stern im derzeitigen Staatswappen abgeschafft und das frühere Wappen – mit oder ohne Stephanskronen – wieder eingeführt werden.

## Neuerwachender Nationalismus

Eine bereits vor Jahren angelaufene Liberalisierung wurde von den freiheitsliebenden und reisefreudigen Ungarn, die sich von jeher mehr zu West- als zu Osteuropa hingezogen fühlten, besonders freudig aufgenommen: mit 1. Januar 1989 hat Ungarn *seine Tore nach dem Westen* für seine Staatsbürger nun ganz geöffnet. Die Bestimmungen für Auslandsreisen sind so weit gelockert worden, daß in

einem bestimmten Devisenrahmen praktisch jeder Staatsbürger beliebig oft ins Ausland reisen darf. Wer ganz auswandern will, wird dies sehr bald völlig legal tun dürfen. Und neuerdings dürfen ungarische Staatsbürger mit Genehmigung der Behörden auch im Ausland Arbeitsstellen annehmen. – Diese Änderungen haben natürlich den noch vorhandenen 350 km langen Stacheldrahtzaun, den sog. „Eisernen Vorhang“, die Wachtürme, Patrouillen, elektrischen Warnanlagen überflüssig gemacht. Die Minen wurden bereits vor Jahren entfernt, das Abmontieren des Stacheldrahtzaunes wurde Anfang Mai in Angriff genommen und soll zügig auf der ganzen Länge der österreichisch-ungarischen Grenze durchgeführt werden. Aber nicht nur der „Eiserne Vorhang“ als äußeres Zeichen der Zugehörigkeit zum Sowjetblock zerbröckelt. Die seit 1945 in Ungarn stationierten sowjetischen 60 000 Mann starken *Besatzungstruppen* sollen reduziert – und, wie die Ungarn hoffen, möglichst bald zur Gänze abgezogen werden. Ein erster Truppenabbau hat bereits begonnen, weitere Truppenabzüge sollen im kommenden Jahr folgen.

Der *neuerwachte Nationalismus* entzündet sich ganz besonders am Schicksal der in Rumänien lebenden und heute bereits in unerträglichem Maße vom rumänischen Staat verfolgten ungarischen Minderheit – der größten nationalen Minderheitengruppe Europas (über 2 Millionen Ungarn). Rumänien will ein einheitliches großrumänisches Reich schaffen; alle nichtrumänischen Elemente sollen aufgesogen, assimiliert oder eliminiert werden. Die Unterdrückungsmaßnahmen, Drangsalierungen, Repressalien, Schikanen an den Bürgern nichtrumänischer Nationalität treiben Tausende rumänischer Staatsbürger dazu, das Land zu verlassen. Bis Ende 1988 sind aus Rumänien über 30 000 Personen nach Ungarn geflüchtet und suchen dort eine neue Heimat; und der Flüchtlingsstrom reißt nicht ab. Ungarn, aus dem vor noch nicht allzu langer Zeit noch selber Menschen in andere Länder flüchteten, ist nun selbst zum Asylland geworden. Doch der Flüchtlingsstrom stellt für Ungarn ein immer größeres Problem dar. Auf der einen Seite will man den verfolgten Landsleuten nach besten Kräften helfen, auf der anderen Seite ist man angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage, der permanenten Wohnungsnot und der drohenden Arbeitslosigkeit im eigenen Lande mit den Hilfeleistungen an den Grenzen des Möglichen angelangt.

Ungarn, das die Genfer Flüchtlings-Konvention (1951) unlängst ebenfalls unterzeichnete, hat nun in dieser Angelegenheit bereits mit dem Komitee der UNO für Flüchtlingsfragen und der Zentrale des Roten Kreuzes in Genf Verbindung aufgenommen. Und was die Ursache dieser Notsituation anbelangt, hat sich Ungarn nun angesichts der unhaltbaren Minderheitenpolitik Rumäniens zu dem ungewöhnlichen Schritt entschlossen, gegen den „Bruderstaat“ Rumänien Klage zu erheben und ist offizieller Initiator eines Resolutionsentwurfes der UNO-Menschenrechtskommission, in dem gegen Menschenrechtsverletzungen in Rumänien Klage erhoben und die Entschei-

dung eines offiziellen Sonderberichterstatters gefordert wird. Die Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen, der Fall soll nächstes Jahr vor dem UNO-Gremium behandelt werden.

## Wirtschaft am Rande des Ruins

Um die traurige Wahrheit vorwegzunehmen: Ungarn steht heute – nach einer jahrzehntelangen Fehlplanung und inkonsequenten Wirtschaftsführung – *am Rande des wirtschaftlichen Ruins*. Die Gründe dafür sind mannigfaltig. Es wäre falsch, wollte man die Schuld dafür ausschließlich dem System anlasten, das eine freie Marktwirtschaft und die Produktion und Preisgestaltung nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage mehr oder weniger ausschließt. Verfehlte Planung durch unqualifizierte Personen in der Wirtschaftsführung, mangelnde Konsequenz in der Befolgung des Reformkurses, die Bindung an das COMECON, die Beibehaltung und ständige Stützung unrentabler Wirtschaftszweige und Betriebe (etwa ein Drittel des Staatsbudgets wird für wirtschaftliche und soziale Subventionen aufgewendet), mangelhafte Produktion, Korruption, schlechte Arbeitsmoral, Verschlechterung der Weltwirtschaftslage u. v. a. haben zu diesem Debakel geführt, aus dem Ungarn nun verzweifelt einen Ausweg sucht.

Das „goldene Zeitalter“ der ungarischen Wirtschaft der 60er Jahre endete Ende der 60er Jahre in einer Sackgasse, als auf der einen Seite jene Kräfte, die einen leistungs- und profitorientierten Wirtschaftskurs durchsetzen wollten, kaltgestellt, auf der anderen Seite durch wirtschaftliche Diskriminierungen seitens der westlichen Wirtschaftsblöcke dem Land gleichsam Daumenschrauben angelegt wurden. 1974–78 verzeichnete man zwar ein kräftiges Wirtschaftswachstum von rund 5% jährlich, aber sowohl dieses als auch der steigende Inlandsverbrauch wurden nicht durch höhere Produktivität, sondern ausschließlich durch eine rasch zunehmende Auslandsverschuldung finanziert. Man hat auf Pump gelebt. Heute ist die Pro-Kopf-Verschuldung Ungarns (Auslandsverschuldung insgesamt: über 18 Milliarden Dollar) die höchste aller COMECON-Staaten.

Die Anstrengungen, die heute unternommen werden, um das Land aus der wirtschaftlichen Misere herauszuführen, scheinen im Moment – bedingt durch die politischen Umstrukturierungen – ziemlich verworren und konzeptlos. Die Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, sind äußerst unpopulär: weitere Preiserhöhungen, Betriebsschließungen mit einer zunehmenden Zahl von Arbeitslosen (für die kommenden Jahre rechnet man mit 100 000–200 000 Arbeitslosen), weitere Aufnahme von Auslandskrediten für Investitionen. Sie sind die einzige Möglichkeit, die ungarische Wirtschaft zu sanieren.

Immerhin haben sich in den letzten Jahren eine Reihe von Liberalisierungsbestrebungen abgezeichnet, die nun in zunehmendem Maße verwirklicht und erweitert werden;

das gilt sowohl für das Inland als auch für die Beziehungen zum Ausland. Denn obwohl die ungarische Wirtschaft Anfang 1982 laut Eingeständnis des damals amtierenden Sekretärs für Wirtschaftsfragen, *Ferenc Havasi*, „klinisch tot“ war (die Währungsreserven reichten kaum zur Deckung der Importe eines einzigen Monats), hielten westliche Banken und der Internationale Währungsfonds Ungarn für kreditwürdig und gewährten ihm massive Hilfen. Im März 1985 trat Ungarn dem Internationalen Wirtschaftsfonds bei. Seit zwei Jahren gibt es einen blühenden Handel mit Obligationen; die Papiere lauten auf Inhaber, und es gibt keine wie immer geartete Kontrolle der Identität des Käufers. Durch diesen für einen kommunistisch regierten Staat bisher einmaligen Weg schöpft man nicht nur überschüssige Kaufkraft ab, sondern trägt auch zur Finanzierung der Investitionen bei.

## Auswege durch Privatisierung

Die *Privatisierung* hat bereits vor Jahren eingesetzt, zunächst in der *Landwirtschaft*: Heute arbeiten in den rund 1,5 Millionen Hofstellen und Hilfswirtschaften rund 4,5 Millionen Menschen jährlich 2,7 Milliarden Arbeitsstunden auf ihre eigene Rechnung, was einer Hauptarbeitszeit von 1,2 Millionen Beschäftigten entspricht, ein Drittel der Bruttoagrarpromotion wird dadurch erwirtschaftet. Wie Mitte Februar von offizieller Seite verlautete, sollen in Zukunft nicht nur staatliche Landwirtschaftsbetriebe, sondern auch die Privatbauern gefördert werden. Auch soll für letztere der Landkauf wieder frei gestattet sein.

In den letzten Jahren blühte auch das *private Kleingewerbe* auf. Das Wirtschaftswachstum von 1978 bis 1985 ist fast ausschließlich dem dynamischen Zuwachs im Privatsektor, den Hofstellen und Hilfswirtschaften in der Landwirtschaft und den neuen Kleinunternehmen zuzuschreiben. Seit 1988 sind neue Verordnungen in Kraft, die den Betrieb von privaten Pensionen und Kleingewerbe mit 30 und Handelsunternehmen mit 15 Angestellten erlauben. In Zukunft sollen der Kleinhandel und der Tourismus stufenweise „denationalisiert“ werden: das staatliche Kapital soll herausgezogen und durch Privatkapital aus dem In- und Ausland ersetzt werden. Private Läden und Lokale sollen nach und nach die staatlichen ablösen.

Ein Umstand, der symptomhaft die derzeitige Wirtschaftslage aufzeigt, ist die *Flucht in die Sachwerte* und das mangelnde Vertrauen in die eigene Wirtschaft. Als Erschwernis kommt noch hinzu, daß Tausende von Ungarn Gelder in Milliardenhöhe ins Ausland bringen und sich dort mit ausländischen Waren eindecken. Ein Großteil dieser – meist illegal – ins Ausland fließenden Gelder wird allerdings durch die Devisen wieder ausgeglichen, die von den ausländischen Touristen und Grenzgängern, in erster Linie von Österreichern, ins Land gebracht werden. Immerhin verzeichnete man in Ungarn 1988 ca. 20 Millionen ausländische Besucher.

## Kirchliches Aufatmen nach Verfolgung und Gängelung

Ungarns *katholische Kirche* von heute erlebt eine Zeit des Erwachens. Um die derzeitigen Vorgänge und Hoffnungen innerhalb der Kirche Ungarns besser verständlich zu machen, sei ein kurzer Rückblick gestattet: Im Zuge der gesellschaftlich-politischen Veränderungen ab 1945 war eine der ersten harten Einbußen, die die Kirche erlitt, die Enteignung des Privatgrundbesitzes – so auch des Grundbesitzes der Kirche – und dessen Aufteilung unter die Bauern. Damit verlor die Kirche praktisch ihre gesamten Einnahmequellen. 1946 wurden alle Vereine und Organisationen aufgelöst. Damit waren die aktivsten Träger des kirchlichen Lebens mit einem Schlag ausgeschaltet worden. Um den Einfluß der Kirche weiter zu schwächen, verstaatlichte die Regierung 1948 sämtliche Verlage und Druckereien ebenso wie die gesamte kirchliche Presse. Dann kamen die *Schulen* an die Reihe: 2900 Volks- und 184 Mittelschulen, die bislang der katholischen Kirche gehört hatten, gingen mit einem Schlag in den Besitz des Staates über. 1949 wurde der Religionsunterricht als Pflichtfach in den Schulen aufgehoben. 1950 kam es zum Tätigkeitsverbot der geistlichen Orden. Nachdem Kardinal Mindszenty bereits Ende Dezember 1948 verhaftet und 6 Wochen später nach einem Schauprozeß zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, kam es im Mai 1950 zur Deportation von zunächst 1000 und einige Zeit später von weiteren 2500 Ordensleuten. Eine Reihe weiterer Inhaftierungen von Priestern und Gläubigen folgte. Es war die Zeit der offenen Kirchenverfolgung und der Priesterprozesse. 1949 kam es zur Gründung der Friedenspriesterbewegung, im August 1950 nach einer verzweifelten Gegenwehr der Bischöfe zum Abschluß eines Abkommens, in dem die Bischofskonferenz sich verpflichtete, die Politik des Staates zu unterstützen.

Der *lutherischen Kirche* erging es damals nicht besser; sie unterschrieb einen erzwungenen Staat-Kirche-Vertrag nach dem Schauprozeß gegen Bischof *Lajos Ordass*. Die *reformierte Kirche* wurde über den reformierten Pfarrer *Zoltán Tildy*, der damals Staatspräsident wurde, und dessen engsten Mitarbeiter, *Albert Bereczky*, gefügig gemacht. In den darauffolgenden Jahren boten die Kirchen Ungarns ein merkwürdiges Bild. Alle Religionsgemeinschaften und Gläubigen hatten unter den Verfolgungen zu leiden; und doch empfanden sie die Unterdrückung unterschiedlich. Die katholische Kirche litt darunter, daß der Großteil ihrer Bischofssitze vakant war. Auf der anderen Seite wirkte es sich auf die protestantischen Kirchen tragisch aus, daß das synodale System, das ihnen jahrhundertlang – auch während der Gegenreformation – die freie ihrer geistlichen Führung durch die Gemeinden sicherte (und sie nicht wie die katholische Kirche auf die Ernennung der Bischöfe durch den Papst angewiesen waren), nunmehr gegen sie verwendet wurde: die von Rákosi, „Ungarns kleinem Stalin“, erzwungene Wahl Bereczkys zum geistlichen Präsidenten (Laienpräsident) der

Synode, die Einführung des sog. zentralistisch-demokratischen Herrschaftssystems und die ihnen vom Staat aufgezwungenen Bischöfe führten in der lutherischen Kirche zu einer totalen Gleichschaltung mit dem Staat. Und sogar das Zölibatsgebot in der katholischen Kirche bewerteten die Protestanten unter den gegebenen Umständen als Vorteil: ein alleinstehender Priester war in der Erfüllung seiner seelsorglichen Pflichten viel freier als ein protestantischer Pfarrer, der durch seine Standhaftigkeit nicht nur sich selbst, sondern auch seine Familie gefährdete.

In der reformierten Kirche wirkten sich die kirchen- und religionsfeindlichen Kampagnen am katastrophalsten aus: Die Kirchenleitung – bestehend aus linientreuen Männern, die vom Staat an die Spitze der Kirche katapultiert worden waren und von diesem in ihrer Vorgangsweise gedeckt wurden – ging selbst rücksichtslos gegen ihre unbequemen – weil in ihrer Glaubenstreue couragierten – Pfarrer und Gläubigen vor. Die führenden Männer dieser Kirche waren nicht nur Handlanger und willfährige Werkzeuge des Staates, sie hatten sich dessen Zielsetzungen zu eigen gemacht und unterstützten ihn aktiv durch eigenes Agieren im Sinne des Staates.

Das Jahr 1953 brachte das Ende der Stalin-Ära, es begann die Epoche der „friedlichen Koexistenz“. Mit der Öffnung nach Osten, die Papst Johannes XXIII. später einleitete, wurde die bis dahin harte politische Haltung des Vatikans etwas gemildert und für die in der Isolation lebende katholische Kirche Ungarns die Möglichkeit geschaffen, sich gleichsam wieder in die Gemeinschaft der Weltkirche einzufügen. Der Hl. Stuhl nahm Kontakte mit der ungarischen Regierung auf, und im September 1964 kam es zu einem Teilabkommen zwischen dem Hl. Stuhl und der ungarischen Regierung.

## Seelsorge wird nicht mehr behindert

Im Zuge dieses Konsolidierungsprozesses entwickelte sich die *Politik der „kleinen Schritte“*. Nachdem die Kirchenpolitik sich auf den Kurs des „Miteinanderlebens“ eingestellt hatte, spielte sich die Praxis ein, die Forderungen der Kirche auf ein Minimum zu beschränken, indem sie sich Zugeständnisse nur in ganz kleinen Schritten und erst auf Nachweis der Kirche, daß die jeweilige Forderung tatsächlich ein Bedürfnis der Gläubigen darstellte, abringen ließ. Zunächst wurde durch eine Reihe von Bischofsnennungen und die Besetzung des Erzbischofsstuhles in Esztergom im Jahre 1976 die *Hierarchie* wieder komplettiert; 1977 durften die ungarischen Bischöfe zum erstenmal seit dem Zweiten Weltkrieg wieder ihren Adlimina-Besuch beim Hl. Stuhl machen, und nur wenige Monate später empfing der Papst *János Kádár* in Privataudienz. 1978 kam es zur *Einführung eines theologischen Laienfernkurses* an der Theologischen Akademie in Budapest, 1980 zu einem vielbeachteten *Treffen von jugendlichen Basisgemeindegliedern* – unter Teilnahme von Kardinal *László Lékai* – in Nagymaros, 1981 zum Bau des

ersten Exerzitienhauses nach dem Krieg und zur Einweihung des nach Papst Johannes XXIII. benannten katholischen Altersheimes in Budapest, 1983 zu einer 520köpfigen Wallfahrt nach Rom, 1984 zu einem internationalen Treffen an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften über „Die Verantwortung des Menschen in der Welt von heute“, an dem u. a. auch noch *Karl Rahner* teilnahm, 1985 zum offiziellen Besuch des Jesuiten-Generals *Peter-Hans Kolvenbach*, im Herbst 1986 zu einem vielbeachteten internationalen Symposium von Christen und Marxisten über „Gesellschaft und ethische Werte“, Ende desselben Jahres zur Gründung einer neuen weiblichen Ordensgemeinschaft, 1988 zur Wiedenzulassung der christlich ausgerichteten Pfadfinderbewegung. Zu Beginn dieses Jahres hat sich die Regierung erstmals mit den Vorschlagskandidaten der Kirche für fünf Bischöfe einverstanden erklärt.

Heute braucht man in Ungarn seine religiöse Gesinnung nicht mehr zu verheimlichen, kann ungehindert in die Kirche gehen, an Wallfahrten teilnehmen und auch – sofern man nicht Lehrer oder Parteimitglied ist – seine Kinder zum Religionsunterricht schicken, ohne mit Benachteiligungen rechnen zu müssen. Die acht katholischen Realgymnasien sind überlaufen, und man rechnet damit, vom Staat die Genehmigung zur Gründung weiterer kirchlicher Schulen zu erhalten, wobei allerdings zu bemerken ist, daß der Staat diese in finanzieller Hinsicht bis jetzt nur mit Absichtserklärungen unterstützt und sich daraus erhebliche Probleme für die Kirche ergeben. Der Benediktinerorden (einer der 4 auch bisher – in Grenzen – zugelassenen Orden) hat bereits verlauten lassen, daß er in Miskolc ein weiteres Gymnasium zu eröffnen gedenkt. Große Erwartungen knüpft die lutherische Kirche an die bereits auf kommenden Herbst festgelegte Wiedereröffnung ihres ehemals namhaften Gymnasiums „in der Allee“, zu der sie kürzlich die offizielle Genehmigung des Staates erhalten hat. (Die lutherische Kirche durfte seit 1952 überhaupt kein einziges Gymnasium aufrechterhalten; der reformierten Kirche beließ man ein Kollegium in Debrecen, der israelitischen Kultusgemeinde ein Gymnasium in Budapest.) Und in Hinkunft wird es wohl – so hofft man zuversichtlich – überhaupt nicht mehr vom Staat abhängen, ob eine Religionsgemeinschaft Schulen eröffnen kann oder nicht.

Die Jugend- und Familienseelsorge wird nicht mehr behindert; Priester und Religionslehrer dürfen offiziell mit ihren Ministrantengruppen auf Ferienlager gehen. Die vier schulisch tätigen Orden durften bereits seit einiger Zeit statt der jährlich auf zwei beschränkten Novizen so viele aufnehmen, wie sie wollen; in den Krankenhäusern sollen wieder Gottesdienste gehalten werden dürfen, in den Spitälern werden wieder Kapellen eingerichtet. Es gibt zwei katholische Verlage (nach dem 2. Weltkrieg waren es 20), eine Wochenzeitung (die neuerdings nicht nur in den Kirchen, sondern auch in Kiosken zu kaufen ist), die zweiwöchentliche Zeitung der Friedenspriesterbewegung, eine Monatszeitschrift, eine theologische Quartalszeitschrift und ein polykopiertes Blatt der ungarisch-ka-

tholischen Nachrichtenagentur (vor dem Krieg gab es 2 kath. Tageszeitungen, 18 Wochenblätter, 25 Monats- und 3 Quartalszeitschriften). In den *Medien*, vor allem im Rundfunk, sind Sendungen über Religion nichts Ungeöhnliches mehr. Weihnachten vergangenen Jahres wurde ein katholischer Weihnachtsgottesdienst, zu Ostern dieses Jahres der Ostergottesdienst aus der reformierten Kirche Debrecens im Ungarischen Fernsehen übertragen. Die ungarische Regierung befürwortete den für September 1991 vorgesehenen Besuch von Papst Johannes Paul II. und hat sich der Einladung angeschlossen.

## Das staatliche Kirchenamt wurde aufgelöst

Im vergangenen Jahr konnte die katholische Kirche anlässlich des 950. Todestages von Ungarns erstem König, dem hl. Stephan, ungehindert in aller Öffentlichkeit die Jubiläumsfeierlichkeiten begehen. Die Stephansreliquie – die unversehrte erhaltene rechte Hand des Heiligen – wurde unter Polizeischutz nacheinander in sämtliche Bischofssitze des Landes gebracht und zur Verehrung ausgestellt, wobei an den Empfangs- und Abschiedszeremonien nicht nur Priester und Gläubige, sondern jeweils auch eine Reihe hochrangiger Vertreter der lokalen Behörden teilnahmen. Nach langen Auseinandersetzungen wird nun auch ein *ziviler Ersatzdienst* statt des Militärdienstes (allerdings doppelt oder zumindest anderthalbmal so lang) gestattet, was die Kirche besonders begrüßt, da es in den vergangenen Jahren wegen dieses Themas immer wieder zu Konflikten gekommen war. Wie bekannt, hatten etliche Mitglieder von kirchlichen Basisgemeinden den Dienst mit der Waffe aus religiösen Gründen verweigert und waren deswegen zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Vor kurzem wurden nun alle Personen, die wegen der Verweigerung des bewaffneten Militärdienstes inhaftiert waren, auf freien Fuß gesetzt.

Doch den größten Fortschritt – wenn nicht gar einen Durchbruch – erwartet man sich von einem in Vorbereitung befindlichen *neuen Religionsgesetz*, das die bisherigen Gesetzesverordnungen und Rechtsvorschriften, die vielfach unterschiedlich ausgelegt werden konnten, ersetzen und Gängelungen (vgl. HK, Februar 1985, 88–93) in Zukunft ausschließen soll. Es wird allerdings auch die Meinung vertreten, daß angesichts der Trennung von Kirche und Staat die Verfassung ausreiche, die ja die Beziehungen zwischen Kirche und Staat sowieso festlegt, und ein separates Religionsgesetz gar nicht notwendig sei. Mit Befriedigung wird jedenfalls in kirchlichen Kreisen vermerkt, daß zunächst der langjährige Leiter des staatlichen Kirchenamtes in Budapest, Staatssekretär *Imre Miklós* – seit 1957 der eigentliche Leiter der Geschichte in Ungarns kirchlichem Leben –, von der ungarischen Regierung mit Wirkung vom 30. April in den Ruhestand versetzt und kurz vor Pfingsten das staatliche Kirchenamt ganz aufgelöst wurde. Damit ist den Kirchen nun tatsächlich ein grö-

ößerer Spielraum für eigenständige Entscheidungen gesichert.

Die Gläubigen freilich befinden sich gleichsam noch in Wartestellung. Viele von ihnen sind durch die vielen Schicksalsschläge und enttäuschten Hoffnungen, die sie in die Kirche gesetzt hatten, desillusioniert und mißtrauisch, zum Teil lethargisch geworden. Dennoch macht sich im Kern des Kirchenvolkes Hoffnung bemerkbar. Obwohl die heutige Generation bereits die dritte ist, die ohne religiöse Erziehung aufgewachsen ist, interessieren sich neuerdings mehr und mehr Ungarn, insbesondere Jugendliche, für Religion. Die meisten dieser christlich engagierten Menschen tun sich in sog. *Basisgemeinschaften* zusammen, in denen sie in Form von religiöser und theologischer Weiterbildung und Unterweisung, gemeinsamen Gebetsübungen usw. ein entsprechendes religiöses Betätigungsfeld suchen und vorbildliche Nächstenliebe bezeugen. Sie bilden den Kern und die hoffnungsvolle Basis der ungarischen Kirche von heute. Kirchlicherseits wurde bereits betont, daß man sie gezielt für die Jugend- und Familienseelsorge einsetzen will. Anfang Februar d.J. kam es denn auch tatsächlich zu einer vielbeachteten Zusammenkunft, auf der der ungarische Episkopat gemeinsam mit Vertretern solcher kirchlicher Basisgruppen über die zukünftigen Funktionen dieser Bewegung beriet.

## Die Orden können wieder tätig werden

Dies und eine Reihe anderer Anzeichen deuten darauf hin, daß sich auch die Kirche von der allgemeinen Aufbruchstimmung hat anstecken lassen. Die Bischöfe beginnen, aktiv zu werden. Und sie machen von der neuen Freiheit, offen Kritik üben zu können, Gebrauch: „Vor einem Jahr wäre es bei uns noch unmöglich gewesen, die Stellungnahme eines Bischofs ohne vorherige Zensur zu veröffentlichen. Kritische, unorthodoxe Stellungnahmen wurden überhaupt nicht veröffentlicht. Hirtenbriefe wurden abgeändert, Artikel für die Zeitung ‚Uj Ember‘ fünfmal durchgesiebt“ – erklärte Bischof *Endre Gyulay* in einem Interview mit „Nök lapja“ (25. 3. 89).

Und in der Tat hatten einige kritischere Stimmen und Forderungen aus den Reihen der Bischöfe (vor allem von *József Szendi*, Bischof von Veszprém) anlässlich eines offiziellen Treffens zwischen Ministerpräsident *Károly Grósz* und den Kirchenführern Ungarns am 14. März 1988 noch ungeheuren Staub aufgewirbelt. Seitdem mehrten sich die kritischen Stimmen und Forderungen; so haben sich z. B. Erzabt *Szennay* von Pannonhalma in einem Interview mit „Mai Nap“ (12. 2. 89) und Bischof *Asztrik Várszegi* in der italienischen Monatszeitschrift „Trenta Giorni“ (Nr. 3/1989) schon vor Monaten sehr dezidiert für die Wiederzulassung der geistlichen Orden ausgesprochen. In derselben Zeitschrift zeichnete Bischof Várszegi ein schonungsloses Situationsbild des Klerus auf. Auch Bischof Gyulay weist unmißverständlich auf die derzeitigen Mißstände und Mängel innerhalb der Kirche hin:

„Die Macht hat die Kirche völlig zerrüttet; von einem Zusammenhalt und gemeinsamen Ausharren konnte infolgedessen keine Rede sein ... Seit einem Jahr geschieht bezüglich der religiösen Unterweisung sehr viel, [was geschieht], aber ist nicht effektiv genug. Es müßte ein Mensch von ganz großem Ansehen sein, der erklärt, daß es sich diesmal nicht um ein neuerliches Taktieren handelt, nicht darum, ‚den Hasen aus dem Gebüsch zu locken, um dann auf ihn zu schießen‘. Die Angst unter den Gläubigen ist noch groß, daß sie, wenn sie sich erst einmal ans Licht gewagt haben, hinterher wieder den kürzeren ziehen“ („Nök lapja“, 25. 3. 89). Oder etwa Bischof Várszegi (zum „Magyar Hirlap“, 15. 3. 1989), der den mangelnden Zusammenhalt im Klerus beklagte und die in den 50er Jahren „künstlich geschaffene, von oben gelenkte Friedenspriesterbewegung“ kritisierte und dann forderte, es sei höchste Zeit, daß die Kirchen Ungarns in Ruhe ihre Reihen ordnen und u. a. ihre neuere Vergangenheit aufdecken und sich dieser stellen – so auch der Person und Geschichte Mindszentys. „Und wenn auch Diskussionen um seine Bewertung entstehen, Tatsache ist, daß – wie es auch bei den Kirchen der Fall war – die Wirklichkeit den diversen Verordnungen und Reglements angepaßt wurde. Die Folge davon ist, daß – nachdem wir unsere Interessen Jahrzehnte hindurch nicht selbst vertreten haben – die Priesterschaft zahlenmäßig geschrumpft und körperlich und seelisch gealtert ist.“

Und wie die Entwicklung zeigt, waren die Forderungen nicht umsonst. Das aufsehenerregendste Ereignis der letzten Zeit ist die *Wiederzulassung kirchlicher Orden*. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über das Vereinigungs- und Versammlungsrecht (und somit der Aufhebung des Vereinigungsverbotes) wurde der Kirche seitens des Staates offiziell mitgeteilt, daß er gegen die Wiederbelebung der religiösen Orden keine Einwände mehr erhebe und den ganzen Fragenkomplex von nun an als interne Angelegenheit der Kirche betrachte. Auf dieser Grundlage hat sich die Bischofskonferenz anlässlich ihrer Frühjahrssitzung am 7. und 8. März eingehend mit der Ordensfrage beschäftigt und den Beschluß gefaßt, den Orden, die es wünschen, kirchlich Raum zu geben und ihnen bei der Gründung von Niederlassungen in den Grenzen ihrer Möglichkeiten zu helfen. Mit der Durchführung des Beschlusses wurde der erst kürzlich zum Weihbischof von Székesfehérvár ernannte *Nándor Takács* betraut. Dieser berief – gemeinsam mit dem ebenfalls neuernannten Weihbischof Várszegi – bereits einen Monat später eine Zusammenkunft aller männlichen und weiblichen Ordensoberen bzw. Ordensvertreter ein, um gemeinsam über die ersten Schritte einer Neuorganisation der Orden zu beraten. An der Besprechung nahmen ca. 200 Personen teil.

Im Vergleich zu diesem tatsächlich großen Schritt wirken die übrigen Aktivitäten innerhalb der Kirche vorläufig noch ziemlich bescheiden: In Budapest wurde ein Evangelisationszentrum gegründet, ein „Ungarischer Malteser-Charitas-Dienst“ (als ein deutsch-ungarischer bilateraler

Verein), eine katholische Reiseagentur, eine Kolpingfamilie ins Leben gerufen. Vor allem aber gibt es eine Reihe von Forderungen, deren Erfüllung man nunmehr als Recht geltend macht und nicht mehr in „kleinen Schritten“ dem Staat abzurufen gezwungen sein will. Ende Januar fand in Budapest eine Dialog-Konferenz von Philosophen, Theologen, Kirchenhistorikern und Juristen über Fragen der Gewissens- und Religionsfreiheit statt, in deren Verlauf die radikale Beseitigung der staatlichen Eingriffe in das kirchliche Leben gefordert wurde. Die Parteien sollen auch Gläubige in ihre Reihen aufnehmen (was beschlossen ist), Vertreter der Kirche an der Revision der Schulbücher beteiligt, Verzerrungen der Geschichte revidiert, den katholischen Schulen Steuererleichterungen und staatliche Zuschüsse für Renovierungskosten und Lehrergehälter gegeben werden – um nur einige Forderungen zu nennen. Der Staat zeigt sich kooperationsbereit. So erklärte z. B. Staatsminister *Imre Pozsgay* am 22. März vor Journalisten in Rom, er habe dem Papst mitgeteilt, daß eine Revision des Prozesses gegen Kardinal Mindszenty geplant sei. Weitere Verfahren aus den Jahren 1945–62 gegen Politiker und Kirchenvertreter sollen neu aufgerollt werden.

Die *protestantischen Kirchen* stehen angesichts der momentanen Entwicklung vor einem Dilemma. Infolge der Gleichschaltung mit dem Staat in den vergangenen Jahrzehnten haben sie gleichsam mit den Wölfen geheult. Die politische Linie, die jetzt an den Pranger gestellt wird und zerbröckelt, war auch ihre Linie. Die neuen Leiter müssen nun entweder versuchen, der neuen Linie zu folgen und deren Forderungen gerecht zu werden, oder die Gemeinde von der Basis aus danach trachten, würdige Vertreter ihres Glaubens an die Spitze ihrer Kirche zu wählen. Die Reformkräfte innerhalb der lutherischen und der reformierten Kirche bemühen sich, mit der katholischen Kirche gleichzuziehen und schließen sich deren Forderungen weitgehend an. Ihr vorrangiges Ziel ist es natürlich, zu erreichen, daß die Gemeinden ihre kirchliche Leitung wieder frei wählen dürfen. Die Wahl des letz-

ten Bischofs und Generalinspektors der lutherischen Kirche, *Béla Harmati* und Prof. *Robert Frenkl*, wirkt sich für diese segensreich aus. Die Kirchenleitung bietet den wegen ihrer Glaubenshaltung verfolgten Pfarrern Wiedergutmachung und Rehabilitation an; die lutherische Kirche bat schon „ihre verstoßenen Brüder“ für die Ungerechtigkeiten ihrer vom Staat aufgezwungenen Leiter um Verzeihung. Die Leitung der reformierten Kirche folgt diesem Beispiel und hat alle „Verstoßenen und Bestraften“ aufgefordert, um ihre Rehabilitation einzukommen. Aber an der Spitze ist immer noch die alte Garde. Bischof *Károly Tóth*, Synodalpräsident der Reformierten Kirche, hat anlässlich der Zusammenkunft mit *Károly Grósz* am 14. März 1988 eine engere Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen gefordert. Und mit den „notwendigen Korrekturen“ beauftragte er die „linientreuen“ Leute von gestern.

## Unsicher, wo man am Ende landet

Alles in allem aber – vollzieht sich der Liberalisierungsprozeß in Ungarn derart rasant, daß sich viele besorgt die Frage stellen, wo man mit diesem Höhenflug am Ende landet. Die Verantwortlichen teilen diese Sorge und haben sich auf die eine oder andere Weise darauf eingestellt. Als Ministerpräsident *Miklós Németh* unlängst in einem Interview gefragt wurde, ob er ein Scheitern der derzeit so schwungvoll betriebenen Reformen für möglich halte, erwiderte er, eine Rückkehr zu den Zuständen vor den Reformen sei nicht mehr möglich; „wir können höchstens auf die Nase fallen“. Damit meinte er sowohl die wirtschaftlichen wie auch die gesellschaftlichen Reformen. Der reformfreundige Minister *Imre Pozsgay* erklärte in einem Interview in Italien, Ungarn müsse seine Reformen möglichst rasch vorantreiben, damit die restriktiven und reformfeindlichen Kräfte keine Zeit hätten, mit Berufung auf die sich notwendigerweise ergebenden Probleme in das Rad der Geschichte einzugreifen und den Lauf zu stoppen.

*Emmerich András*

## Ist der Norden eine Reise wert?

### Zum Papstbesuch in Skandinavien

*Lohnt sich eine 10tägige päpstliche Pastoralreise zu einer Gruppe von Ortskirchen, deren knapp 200 000 Gläubige über viele tausende Quadratkilometer zerstreut sind und in fünf verschiedenen Ländern wohnen? Aber Skandinavien ist eine Großlandschaft mit sehr enger geschichtlicher und religiöser Prägung. Und für die katholische Minderheit gestaltet sich die Gegenwart keineswegs einfach. Sie lebt unter einer Gesamtbevölkerung, die zu ca. 95 Prozent ganz überwiegend aus staatskirchlich organisierten Protestanten besteht. Und sie*

*beherbergt als Minderheit selbst noch einmal vorwiegend Minderheitsgruppen ganz unterschiedlicher Nationalität. Für den skandinavischen Protestantismus ist die Papstreise eine Herausforderung.*

Vom 1. bis 10. Juni unternimmt Johannes Paul II. auf Einladung der Nordischen Bischofskonferenz eine Seelsorgsreise in die skandinavischen Länder, genauer gesagt: Er besucht die einzelnen Bistümer und Prälaturen, deren